

Bezugpreis: Vierteljahr 3. - M. monatlich 12. - M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die gehrigste Anzeige ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 21. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Nollet in den Deutschen Werken.

Berlin, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) General Nollet mit seinem Stabe besichtigte die Spandauer Abteilungen der Deutschen Werke.

laut dem Völkerbund mitzutellen und spricht die dringende Bitte an den Völkerbund aus, Vertreter des Völkerbundes nach dem Saargebiet zu entsenden.

Die Weltkonferenz von Washington.

Die letzten Tage in Washington waren mit geheimen Ausschusssitzungen ausgefüllt. In der Abrüstungsfrage forderte England, den Unterseebootbau ganz einzustellen oder doch wenigstens erheblich einzuschränken.

Die Reparationskommission uneinig.

Frankreich isoliert.

Paris, 20. November. (WTB.) Jules Sauerwein berichtet dem „Matin“ aus Berlin, in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sei eine Einigung über die Haltung gegen Deutschland nicht erzielt worden.

Weshalb wie in der Abrüstungsfrage liegt die Mächtegruppierung in der chinesischen Frage. Die Vereinigten Staaten und England vertreten den Grundgedanken der offenen Tür und unterstützen die chinesischen Forderungen mit einer etwas unterstrichenen Selbstverständlichkeit.

London, 19. November. (WTB.) Die englische Arbeiterpartei hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der es heißt, sie erkenne die weitverbreitete Feindschaft gegen eine Fortdauer des englisch-japanischen Bündnisses an und sei der Ansicht, daß das Bündnis nicht erneuert werden dürfe.

Verbot der Regimentsvereine.

Koblenz, 21. November. (WTB.) Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat laut Schreiben vom 19. November 1921 auf Grund des Artikels 2 der Verordnung 65 beschlossen, den Städten im besetzten Gebiet die sogenannten Regimentsvereine, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden, zu verbieten und ihre Auflösung anzuordnen.

Das Unrecht am Saargebiet.

Saarbrücken, 19. November. (WTB.) Wie die Kreise Saarlouis und Ottweiler hat heute auch der Kreistag von Saarbrücken die Begutachtung der Regierungsverordnungen abgelehnt und eine Erklärung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Regierungskommission hat seit ihrer Einsetzung nach Ansicht der Bevölkerung nur das eine Ziel, die Abtrennung des Saargebietes vom Mutterlande, betrieben.

Badina gewählt.

Paris, 21. November. (EE.) Die Kommunisten haben bei der gestrigen Stichwahl im Pariser Stadtviertel Santé einen beachtenswerten Erfolg errungen: Der wegen Meuterei im Schwarzen Meer zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Mechanikerunteroffizier Badina wurde mit 857 Stimmen gegen den Radikalsozialisten Pouthier, auf den 831 Stimmen entfielen, gewählt.

Wir haben bereits nach der Hauptwahl am vorigen Sonntag auf die Bedeutung dieser Kraftprobe hingewiesen. Von einem kommunistischen Erfolg kann natürlich gar keine Rede sein. Badina war zwar offiziell von den Kommunisten aufgestellt worden, ist aber ebenso ein Kommunist wie sein Schicksalsgefährte Morin.

„Ermattung“ an der Börse.

In der heutigen Berliner Börse wurden Dollarnoten im Verkauf der ersten Stunden mit 268 bis 265 gehandelt. Vorbörslich waren 277 bis 278 gezahlt worden. Man führt die Ermattung auf die verschiedenen schwebenden Verhandlungen über die Kreditfrage zurück.

Aus dem Zuchthause Lichtenburg

Der durch Reichstagsbeschluss vom 19. November eingeleitete Untersuchungsausschuss von acht Mitgliedern des Reichstages zur Prüfung der Zustände in den Strafanstalten begann bereits am darauffolgenden Tage seine Tätigkeit damit, daß er sich insgesamt nach der Strafanstalt Lichtenburg begab, um sich über den Hungerstreik und die dortigen Zustände zu unterrichten.

Die Anstalt Lichtenburg ist ein Zuchthaus für Männer, das mit 730 Gefangenen bis an die äußerste Grenze seiner Belastungsfähigkeit besetzt ist. Unter ihnen befinden sich etwa 120 politische Verurteilte aus dem mitteldeutschen Märtaufstande.

Der Reichstagsausschuss traf kurz nach 11 Uhr in der Strafanstalt ein und hielt dort eine Sitzung ab, in der zunächst der Direktor der Anstalt und die Vertreter der Vorgauer Staatsanwaltschaft, des preussischen Justizministeriums und des Reichsjustizministeriums sowie die beiden beteiligten Ärzte berichteten.

An diese erste Konferenz des Ausschusses schloß sich ein mehrstündiger Rundgang an, bei dem sämtliche politische Gefangene, die abends vorher aus ihren Gemeinschaftszellen teils in das Anstaltslazarett, teils in kleine Zellen zu zweien oder dreien ohne jede Gewaltanwendung übergeführt waren, besichtigt wurden.

Von Schwerkranken befand sich in Lichtenburg nur ein Fall, der nichts mit dem Hungerstreik zu tun hatte und das typische Bild einer Blinddarmentzündung zeigte. Von den Hungernden, von denen zur Zeit des Rundganges bereits mehr als die Hälfte zu essen begonnen hatte, klagte nur einer über heftige Leibschmerzen; mehrere hatten Pulsstörungen und zeigten das Bild mäßiger Erschöpfung; als ernstlich gefährdet erwies sich keiner.

Trotzdem mußte Anblick und diskrete Befragung doch zu einem Gefühl des tiefsten Mitleides mit diesen Gefangenen zwingen, und zwar weniger mit ihrem augenblicklichen gesundheitlichen Zustande, als vielmehr mit der traurigen Lage, in welche diese Unglücklichen, die mit solchem Mittel nach solchem Ziele strebten, hineingeraten sind.

Jahr im Zuchthaus sitzen sollen. Um ihrer selbst willen, nicht des Hungerstreiks wegen muß über kurz oder lang die Nachprüfung der gefällten Urteile wiederholt und durch Begnadigung die Strafen dieser Bergleute, Handwerker, Familienväter und Jungburschen abgeklügelt werden. Da diese Frage sich von der Beurteilung der Zustände in unseren Strafanstalten nicht trennen läßt, wird sich der Reichstagsausschuß in seinen nächsten Sitzungen auch hiermit beschäftigen.

Als die Mitglieder des Ausschusses nach einer Schlußbesprechung die Anstalt verließen, konnte festgestellt werden, daß nur noch 30 Gefangene nicht gegessen hatten, aber auch diese — nach Verhandlungen gegenüber dem Ueberwachungspersonal zu schließen — voraussichtlich am Abend den Hungerstreik aufgeben würden. Es ist Sorge getragen, daß die Nahrungsaufnahme unter ärztlicher Ueberwachung, die auch nachts zur Verfügung steht, vor sich geht. Wohl alle Teilnehmer der Untersuchung hatten den Eindruck, daß von den beteiligten Beamten mit peinlichster Korrektheit verfahren worden ist. Uebrigens erklärten die mehrmals und diskret danach befragten Gefangenen, daß sie weder gegen den Anstaltsleiter noch gegen das Aufsichtspersonal Klagen anzuführen hätten.

Soweit der Bericht des Genossen Großhahn. An den letzten Satz anschließend möchten wir betonen, daß die „Rote Fahne“ in ihrer Sonntag-Ausgabe ohne jeden Zusatz eine Resolution der Arbeiter und Angestellten der Deutschen Eisengießerei wiedergibt, in der von „scheußlichen Mißhandlungen“ der politischen Gefangenen die Rede ist. Dabei hat selbst der kommunistische Abgeordnete Kay im Preussischen Landtag dem Direktor und dem Anstaltspersonal von Lichtenburg das beste Zeugnis ausgestellt. Die Arbeiter der Deutschen Eisengießerei mögen durch ein Mißverständnis oder einen Irrtum zu ihrer Ansicht von scheußlichen Mißhandlungen gekommen sein. Für den Wahrheitsgeist der „Roten Fahne“ aber zeugt es, daß sie nicht wagt, diesen Irrtum auszuklären. Im Gegenteil, sie selber schreibt: „Die Kerkermeister weiden sich an den Schmerzen ihrer Opfer“. Angesichts dieser Verlogenheit kann es uns nicht aufregen, wenn die „Rote Fahne“ der Sozialdemokratie vorwirft, sie trete für die „Unantastbarkeit der Zuchthäuser“ ein usw. Das ist die übliche Lügenmusik, mit der die „Rote Fahne“ seit jeder ihre scheinheiligen Kräfte zur Bildung der Einheitsfront begleitet, während sie nichts anderes beabsichtigt, als die Gutmütigkeit der sozialdemokratischen Arbeiter für ihre Parteizwecke zu mißbrauchen.

Der Teufel lacht dazu.

Die „Deutsche Zeitung“ beginnt ihre Besprechung des Kommunistenspektakels im Reichstag und Landtag mit folgenden Sätzen:

Im preussischen Abgeordnetenhause haben sie sich gestern gepregelt, im Reichstage ist es nicht ganz so weit gekommen. Immerhin aber beinahe so weit. Und das ist auch schon etwas wert. Genossen gegen Genossen. Unabhängige und Kommunisten wieder im herzlichen Einvernehmen — cordiale entente — gegen die Mehrheitssozialisten und ihren Minister Rabbrau. Man hat doch manchmal auch sein Vergnügen im Reichstage.

Daß die Deutschnationalen ihre helle Freude an den Vorgängen hatten, kann jeder Augenzeuge bestätigen. Wir wollen aber der Gerechtigkeit halber auch hervorheben, daß man wenigstens im Landtag einigen anwesenden Kommunisten deutlich ansah, daß sie sich mit den übrigen sozialistischen Vertretern der Spektakelstunde ihrer Genossen Schutz und Rath gründlich schämten. Aber leider fehlt es diesen Leuten an Mut, sich gegenüber den radikalen Maulhelden in ihren Reihen durchzusetzen. Im Landtag fiel es beispielsweise auf, daß die als ruhiger bekannte Kommunist Meyer-Ospreuchen, Kilian-Halle usw. während der Spektakelstunde nicht im Saale waren.

Karl und Jitsa sind in Funchal auf Madeira eingetroffen.

Soll man Kindern Märchen erzählen?

Von Dr. Paul Neuburger.

Mit den langen Abenden beim Lampenschein, den stürmischen Tagen, da es draußen regnet oder schneit, ist das Märchen aus dem Schlaf, den es in der klaren Sommersonne schlief, wieder aufgewacht. Die Kinder betteln wieder: „Erzähle!“ und Rottkäppchen und Schneewittchen, die sieben Geiseln und die Bremer Stadtmusikanten begleiten sie aufs neue durch den Tag bis in den Traum hinein.

In die Zukunft bildende Väter, die ihre Söhne am liebsten schon mit drei Jahren zu Maschineningenieuren ausbilden würden, und von Strupeln geplagte Mütter, für die jede Frage der kleinen Wissbegier Gewissensnot bedeutet, schlagen sich jetzt mit Zweifeln herum. Soll man den Kindern Märchen erzählen? Soll man sie in eine Welt führen, die sich von der wirklichen so völlig unterscheidet? Werden sie nicht in Verwirrung geraten und sich im Leben schwerer zurechtfinden? Werden sie nicht schließliche die Eltern der Lüge zeihen und des Vertrauens in ihrer Wahrhaftigkeit verlieren? „Wenn man's hört, wach's leidlich scheinen.“ Hat man doch von solchen Gesichtspunkten aus auch „Erfahrungsstrukturen“, wie den Klapperstorch und den Milchcrannen oder den Weihnachtsmann und den Osterhasen, beseitigen wollen. Anscheinend mit noch mehr Recht. Denn diese Gestalten und ihr angebliches Tun greifen unmittelbar ins wirkliche Dasein der Kinder hinein. Hier geschehen Dinge, die sie nicht recht mit den Erzählungen in Einklang zu bringen wissen, und Schritt für Schritt geraten sie auf unsicheren Boden, in Gebiete, wo es nicht „stimmt“.

Die Märchen aber, jener uralte Bestand gemeinsamen Völkerbewußtseins, bilden eine Welt für sich. Die Kinder fragen kaum, warum ihre Käse und ihr Hund nicht sprechen können, wie jene Anwärter auf eine musikalische Ehrenstellung in der Reichsstadt Bremen, sie rechnen nicht darauf, Frey und Jauderern auf der Straße zu begegnen, und wenn ein furchtbares Kind sich im Walde ängstigt und vielleicht auch meint, es könne ihm ein Wolf in den Weg kommen, so denkt es doch kaum daran, daß er mit ihm eine Unterhaltung beginnen werde oder nach Hause eilen könne, um sich in Großmutterns Bett zu legen.

Die besondere kindliche Stellungnahme zu wunderbaren Dingen kommt zunächst davon, daß für die Kinder das Wirkliche und das Unwirkliche nicht so streng getrennte Welten bedeuten, wie sie es für den Erwachsenen sind. Aus dieser Wurzel entspringen ja auch die feinen Erfindungen der Kinder, die nur von verständnislosen Erziehern nicht erkannt und als Lügen gebrandmarkt und bestraft werden. Solches schöpferische Bilden ist für das Kind Bedürfnis, und gerade die Welt der Wunder gibt ihm den Stoff für diese Tätigkeit. Das ist auch der Grund, weshalb das Kind den Erzählungen der Erwachsenen nicht mit demselben Anspruch gegenübertritt, die jene an seine Zustände erheben. Das Kind hat ein feines Gefühl dafür, wo es jene Wahrheit der Wirklichkeit zu sagen und wo es sie zu erwarten hat. Es weiß, wenn auch nicht völlig bewußt, daß die sabelhaften Dinge ein Wesen für sich haben, und es wird von den Eltern keine Rechenschaft fordern oder gar ihnen sein Vertrauen entziehen, wenn die Erfahrungen, die es im Leben macht, nicht mit solchen Darstellungen übereinstimmen. Damit soll nicht gesagt sein,

Protest der Eisenbahner.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter (Direktionsbezirk Berlin) tagte am Sonntag in der „Brauerei Königsplatz“, um gegen die beabsichtigte Privatisierung der Eisenbahnen öffentlich Protest zu erheben. Als Vertreter des Reichsverkehrsministeriums war Ministerialrat Dr. Sarter erschienen.

Referent war Thurau, der sich in schärfster Weise gegen das Verlangen des Großkapitals wandte, für die Gewährung einer Kredithilfe die Eisenbahnen des Reiches zu übernehmen. Die vereinigte Großindustrie spreche davon, daß der Eisenbahnbetrieb unwirtschaftlich sei und rentabel gestaltet werden müsse. Hierzu sei zu bemerken, daß nicht nur die staatlichen, sondern auch die Privatbahnen heute unrentabel sind, und daß auch in anderen Ländern die finanzielle Lage der Eisenbahnbetriebe keine günstige ist. Der Krieg habe mit seinen Auswirkungen die Unrentabilität der Eisenbahnen herbeigeführt. Nach dem Kriege war das rollende Material zum großen Teil zerstört, und in den Werkstätten schloß es an allem Möglichen zu den erforderlichen Reparaturen. Die besten Lokomotiven mußten der Entente ausgeliefert werden. Es blieb nur übrig, die Privatindustrie zu den erforderlichen Erneuerungen in Anspruch zu nehmen. Und dieselbe Industrie, die

aus dem unglücklichen Kriege ungeheuerliche Gewinne herausholte, hat auf Kosten des steuerzahlenden Volkes auch nach dem Kriege aus dem Staatsäckel zu Lasten des Kontos der Eisenbahnen herausgeholt, was noch herauszuholen war. An der Unwirtschaftlichkeit soll auch schuld sein, daß 70 000 Beamte und Angestellte zu viel im Eisenbahnbetrieb beschäftigt würden. Das ist eine ganz unbegründete Behauptung. Wenn hier und da wirklich einmal eine Arbeitskraft entbehrt werden könnte, fehlt an anderer Stelle eine, so daß von einem Zuviel in Wirklichkeit gar nicht die Rede sein kann. Man merkt aber, was die Herren von der Großindustrie dabei im Schilde führen, zumal ihnen ja auch der Achtundtagelängst ein Dorn im Auge ist. Die Herren wollen eben durch „Mehreinstellungen“ der Beamenschaft und durch den Abbau der angeblich „hohen“ Löhne große Gewinne herauswirtschaften, obgleich die Löhne kaum um das 7/10ste bei der ungeheuerlichen Teuerung aller Lebensbedürfnisse gefallen sind.

Leider ist es richtig, daß es infolge der aus dem Kriege hervorgegangenen Verpflichtungen dem Reich an Mitteln fehlt, aber das würde anders sein, wenn die Herren von der Großindustrie, der Landwirtschaft und den Banken den Steuerfiskus nicht um Millionen und Milliarden hintergangen, wenn sie des Steuerzahlers nicht den Beamten, Arbeitern und dem werktätigen Volke überlassen hätten. Dann würde die Regierung nicht nötig haben, mit dem Auslande zwecks Kreditoperationen in Verbindung zu treten, wie das jetzt geschehen soll.

Jetzt soll der allgewaltige Sinn eines Reise nach London unternommen haben. Was er dort will, ist noch nicht bekannt. Vielleicht soll der Regierung bei ihren Kreditoperationen wieder ein Stein in den Weg gestellt werden.

Die Forderung der Gewerkschaften zur Erfassung der Sachwecke

muß durchgeführt werden, dann werden die Mittel vorhanden sein, die das Reich so dringend bedarf, dann kann dem Großkapital im staatlichen Interesse, im Interesse des leidenden Volkes der weitere Raubzug verbotet werden. Unsere Eisenbahnen müssen Staatsbetriebe bleiben, im Lebensinteresse der Beamenschaft und des ganzen deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Ministerialrat Dr. Sarter stimmte dem Referenten darin zu, daß die Industrie während des Krieges nicht schlecht abgelaufen habe. Der Reichsverkehrsminister glaube auch, daß die Maßnahmen zur größeren Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen durchzuführen sind im Rahmen des Staatsbudgets und mit Hilfe des Personals der Betriebe. (Beifälliger Beifall.)

Chierbeder von der Post, Benzin von der Polizei, Gröttrup von den technischen Angestellten und Engel vom „Kombi“ erklärten ihre Solidarität mit den Eisenbahner.

Der deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete Degler sprach dem Herrn Sinn eines eine geistige Ueberlegenheit zu. (Beifälliger Widerspruch.) Er vermutete, daß die Regierung sogar ein großes Interesse daran habe, daß Sinn eines nach London gereist sei. (Stürmische Unterbrechung.) Es sei nicht die Rede davon, daß die Eisenbahnen dem Privatkapital ausgeliefert werden sollen. (Stürmischer Widerspruch.)

daß derlei Erzählungen und vor allem die Antworten auf die kindlichen Fragen nicht seinen Takt verlangten. Er ist vor allem im Gebiet jener Fabelgestalten wohnhaft, die, wie Klapperstorch und Weihnachtsmann, ins Leben selbst hereintreten, und in jenen Zeiten, da es geboten ist, sie allmählich mit der wirklichen Welt ineinanderfügen zu lassen. Wer glaubt, ganz ohne sie auskommen zu sollen, der möge es tun, aber er soll nicht meinen, daß dem Kind viel Gutes damit geschehe, wenn sein Geist so völlig vor allem „Unwirklichen“ bewahrt wird. In ihrer Kindheit haben sich die Völker die Märchen geschaffen, weil ihr kindlicher Sinn nach solcher Nahrung verlangte. Der übersichtliche Aufbau und die klare Gliederung dieser Geschichten, ihre einfache Moral und Charakteristik, die keine Zwischenstufen und keine Abgründe kennt, sind das, wonach der noch nicht gereifte Geist begehrt, und wenn sie nur unvollkommene Abbilder des Lebens darstellen, so zeichnen sie doch die Welt in einfachen Linien, wie sie zunächst für denjenigen nötig sind, der sich in ihr zurechtfinden will. Diese primitiven Bedürfnisse teilt das Kind. Man fürchte auch nicht, daß die praktische Unterweisung jener beiden Welten, deren es bedarf, um sich im Leben zu orientieren, durch Märchen Erzählungen über Gebühr verzögert werden könne. Das Leben fordert sein Recht und nimmt langsam, aber sicher, vom Geist des werdenden Besitz. Aber auch das Leben verlangt Phantasie, selbst für seine praktischen Anforderungen, und das Kind, dessen Einbildungskraft immer nur kümmerliche Nahrung empfangen hat und nie seine Schwingen ins Märchenland hat breiten dürfen, wird gewiß auch als Maschineningenieur keine neuen Ideen haben.

Das Licht der Arbeit.

Von Alfred Frihsche.

Sonntagnacht. Eine Uhr schlägt zwölf: Mitternacht. Unmerklich fließt ein Tag in den anderen. Das macht mich immer so traurig, wenn ich vom Sonntag Abschied nehmen muß. Man geht schlafen — und am anderen Morgen steht man der Arbeitswoche in die großen Augen. Sechs lange Tage arbeiten und schaffen... Und darum lüchelt man den Sonntag festzuhalten mit beiden Händen und blickt lange im Freundeskreis zusammen. Dann aber heißt es Abschied nehmen, und jeder geht seinen Weg. Auch ich ging ihn. Stumm über die Straße mit dem Holspalter, das den Schall meiner müden Schritte dämpft. Da — was war das? Etwas blinkte. Ich gehe zurück. Suche und finde nichts. Weiter. Ein paar Schritte. Nun blinkt es wieder: ein schwacher, heller Streifen. Nicht! Ich stehe still und starre, und dann wird mir alles klar. Unter der Straße, auf der ich arbeite, läuft ein Tunnel und Arbeiter schaffen in ihm. Nachtsicht. Ich höre dumpfes Rochen, irgendwo klirrt Eisen, ein Wagen rollt schlotternd den Tunnel entlang. Gedämpft bringen alle Töne herauf. Aber das Licht strahlt hell aus dem Spalt empor und fündet von der Arbeit, die da unten — unsichtbar — geleistet wird.

Und das macht mich froh und läßt die eigene Arbeit leichter werden und läßt von aller Arbeit das Licht sehen, das reghaft aus dem erdigen dunklen Bau des Wertes quillt, das regt uns wie ein Gott, dem wir abnungsvoll erbeben sind. Auf dessen Altar wir Fleisch und Blut jeden Tag opfern, und er gibt uns die Helle unserer Liebe zurück — uns, den Schaffenden!

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, wurde eine Protestentscheidung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: Wir erklären, daß zur Erhaltung der Eisenbahn als Staatsgut auch das schärfste gewerkschaftliche Mittel zur Anwendung gebracht werden muß. Die von den Industriemagnaten vorgeschlagene Entstaatlichung der Reichsbahnen würde dieses Verkehrsmittel seinen volkswirtschaftlichen Aufgaben entziehen. Wenn die Industrie ihre Hand nach dem Besitz der Eisenbahnen ausstreckt, dann hat sie nicht ein vaterländisches, sondern persönliches Interesse daran, d. h. ein Interesse für den eigenen Geldbeutel. Die Beamenschaft war und ist noch jederzeit bereit, an den Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gestaltung der Bahnen mitzuarbeiten und erwartet bestimmt, daß die von der Beamenschaft gewählten Vertreter bei allen Verhandlungen beteiligt werden.

Zur Entstaatlichung der Reichseisenbahnen und den damit zusammenhängenden Fragen nahm die Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände am Freitag zusammen mit dem Vorstand des Reichsbundes Deutscher Techniker, den Vorständen der technischen Eisenbahnbeamtenorganisationen und sonstiger technischer Beamtenverbände, Vertretern der Reichsgewerkschaft, Deutscher Eisenbahnbeamten und Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates erneut Stellung. Es wurde Ueber-

einstimmung über folgende Richtlinien erlangt:

1. Eine Ueberführung des Besitzes der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals ist unannehmbar. Der Besitz der Reichseisenbahnen muß uneingeschränkt dem Reiche verbleiben.

2. Es ist aber eine durchgreifende Reform der Reichseisenbahn dringend notwendig, um die Wirtschaftlichkeit zu heben. Dazu ist vor allem erforderlich: die Reichseisenbahnen zu einem selbständigen Wirtschaftskörper zu machen, d. h. sie aus den Fesseln des Reichsetats und von der Diktatur des Finanzministeriums zu befreien, ihre Finanzen so zu sanieren, daß sie in Zukunft selbständig wirtschaften können, sowie die politische Vertretung der Eisenbahn in Reichstag und Reichsrat von der wirtschaftlichen (technisch-kaufmännischen) Vertretung zu trennen. Ferner muß eine moderne technisch-kaufmännische Betriebs- und Geschäftsführung, die die Sachleute mehr als bisher entscheiden läßt, durchgeführt werden. Die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Beamten in allen Stellungen ist in größtmöglicher Weise zu erweitern; alle hemmenden bürokratischen Vorschriften sind zu beseitigen. Die Reformen sind durch das Verkehrsministerium mit den Eisenbahnerorganisationen unter Hinzuziehung außenstehender sachkundiger Kreise, auch des Reichswirtschaftsrates, durchzuführen.

3. Das Berufsbeamtenum ist auch in den Verkehrsbetrieben beizubehalten, weil es sich bewährt hat. Ueber die Frage, ob für die leitenden Stellen Ausnahmen zu machen seien, waren die Ansichten geteilt. Entsprechend der zu vergrößernden Verantwortung sind die Beamten der wirtschaftlichen Betriebe aus der allgemeinen Befolgsordnung herauszunehmen und für gesteigerte Leistungen angemessen zu bezahlen.

Professor Dr. Franz Staudinger gestorben.

In den ersten Morgenstunden des 18. November ist der weithin bekannte Theoretiker der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, Professor Dr. Franz Staudinger, im 73. Lebensjahre in Darmstadt gestorben. Dr. Staudinger hat mit alzeit frischem Geist und frohem Mut dem hohen Gedanken der genossenschaftlichen Gemeinschaft gedient. Er war Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes und der Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine und des Aufsichtsrats der Darmstädter Konsumgenossenschaft; seine zahlreichen sozialwissenschaftlichen und genossenschaftlichen Schriften und Abhandlungen haben seinen Namen in alle Welt getragen. Nun ist der nimmermüde Vorkämpfer einer stilleren, besseren Wirtschaftsordnung, einer der wenigen aus seinen Kreisen, die sich schon vor dem November 1918 offen zu den Zielen des Sozialismus bekannnten, ins Reich des ewigen Friedens gegangen, nachdem er noch in verhältnismäßiger Rüstigkeit am internationalen Genossenschaftstongress in Basel im August d. J. teilgenommen. Die deutsche Genossenschaftsbewegung und die Sozialdemokratische Partei stehen trauernd, aber in Dankbarkeit an der Bahre dieses hervorragenden Mannes.

Das Moskauer Künstlertheater in Berlin. Das Moskauer Künstlertheater eröffnet am 28. Nov. im Theater in der Königgräzer Straße sein Berliner Gastspiel. Es ist die aus 40 Mitgliedern bestehende Kerntruppe der von Stanislawski und Dantschenko geschaffenen Bühne, die nach fast dreijähriger Wanderschaft in der Fremde nun auch nach Berlin kommt. In ihren Reihen stehen die ersten Schauspieler Rußlands, Frau Tschadowa, die Witwe Tschadowa, Frau Geronowa, die Künstler Katschalow, Maslenninow und Persenow. Das Haus Tschadowa wird das Künstlertheater in Moskau genannt. Tschadowa hat ihm seinen Wert zu verdanken, und noch keinem russischen Ensemble ist es gelungen, den Stimmungsgehalt seiner Werte so auszuköpfen, wie diesen Moskauer Schauspielern. Mit zwei Tschadowa-Stücken wird auch das Berliner Gastspiel beginnen, mit „Onkel Danja“ und den „Drei Schwestern“, daran reihen sich in der ersten Serie der Vorstellungen Ostrowskys Komödie „Jede Weisheit hat ihren Haken“ und Knut Hamsuns Drama „Vom Teufel geholt“.

Flugpostverbindung um die Erde? Ein Plan, der gegenwärtig in den sportlichen und finanziellen Kreisen Amerikas, Englands und Frankreichs erwogen wird, betrifft, wie die „Nachrichten der Luftfahrer“ melden, die Einrichtung eines Weltflugpostdienstes. Im Verlauf von siebzehn Tagen sollen eigens für diesen Zweck gebaute Flugzeuge um die ganze Erde fliegen, um Post zu befördern. Allein, so schön dieser Plan ist, er hat einstweilen noch seinen Haken. Um die ganze Erde zu umfliegen, muß man nämlich auch die unendlichen Wasserflächen des Stillen Ozeans überqueren, und da hat sich denn zwischen den Sandwich-Inseln und der Westküste Amerikas bisher noch kein Landungsplatz für die Postflugzeuge ausfinden lassen. Es werden also jedenfalls noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, ehe man so weit ist, das Ideal einer regelmäßig verkehrenden Weltflugpost verwirklicht zu sehen, ganz abgesehen von den Gefahren, die auch die in jenen Breiten so häufigen heftigen Meeresstürme den Fliegern bieten dürften.

Gegen die Bremnerel. Die Protokollversammlung des Schenkerbundes Deutscher Schriftsteller über die Arbeit des Schenkerbundes in Deutschland wird am Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses, Leipziger Straße 3, stattfinden. Mit dem Schenkerbund werden auch die Repräsentanten der darstellenden und bildenden Künstler, sowie der deutschen Bühnen vertreten sein.

Im kleinen Schauspielhaus wird in dieser Woche außer „Rin“ auch Gerks „Kochtopf“ (Donnerstag) und Schuyllers „Reigen“ (Freitag, Samstag und Sonntag) gegeben.

Abendvorstellungen in zwei Abteilungen wird das „Rene“ Theater am 30. von Dienstag ab veranstalten. Die erste (Hilfs-) „Dammkopf“ beginnt um 7/8, die zweite (Reg.-Kammer-Ballett, Musik-Trio Ritter-Post-Riem) um 10 Uhr. Eintrittskarten werden für jede Vorstellung gelondert abgegeben.

Die Ausstellung „Sach und Bild“ im Kunstgewerbe-Museum, die sich außerordentlich starken Besuch erfreut, ist bis Sonntag, den 27. November einsehbar, verlängert worden.

In der Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Petersburger Str. 29, spricht am Donnerstag 7/8 Uhr Ernst Friedrich Toller's „Rasse Mensch“.

Ludendorff, Bauer und die Juden.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hielt am gestrigen Sonntag im Logenhaus seine Hauptversammlung ab. Das Hauptthema des Tages lautete „Im Kampf um unser Vaterland“. Der Redner hierzu war Landesrabbiner Dr. Rieger-Braunschweig, der sich namentlich mit dem von Schriftstellerin Wilhelmine Plannmählig gezeichneten Antisemitismus auseinandersetzte. Interessant ist, was er über das Buch des Obersten Bauer sagte. Oberst Bauer behauptete in seinem Buche, daß die Juden im Kriege ihre Pflicht nicht getan hätten, an anderer Stelle aber spricht er fortgesetzt davon, daß wir den Krieg gar nicht länger hätten führen können, wenn nicht Geheimrat Haber die Fabrikation des Salpeters nach seinem Hochdruckverfahren eingeführt hätte. Ferner rühmt Bauer, daß Geheimrat Haber als erster eine allen Anforderungen entsprechende Gasmasken konstruiert hat. Oberst Bauer scheint eben nicht zu wissen, daß Geheimrat Haber jüdischer Abstammung ist.

Besonders ausführlich ging der Redner auch auf Ludendorffs antisemitische Ausfälle in seinem letzten (hier besprochenen) Buch ein. Ludendorff behauptet bekanntlich, daß die „Oberleitung des jüdischen Volkes“ mit Frankreich und England gegen Deutschland gearbeitet habe, ja sogar beide geführt habe. Um eine Heimstätte in Palästina zu erwerben und sich eine überstaatliche Vormacht zu verschaffen, hätten die Juden, die deutschen Juden mit einbegriffen, an Deutschlands Niederlage gearbeitet. Der Redner hob hervor, daß Ludendorffs Angriffe gegen die deutschen Juden das schwerste sei, was einem Menschen überhaupt vorgeworfen werden könne. Wenn Ludendorff von der Oberherrschafft in Palästina rede, so hätte er wissen müssen, daß die jüdische Auffassung von dem weitaus größten Teil der jüdischen Deutschen abgelehnt wird. Bezeichnend ist auch, daß Ludendorff in den jüdischen Studenteneinigungen des R.D. auf einen Brief, in dem diese ihre Treue zu Deutschland hervorhoben (8 Proz. ihrer Mitglieder sind auf den Schlachtfeldern gefallen), die Antwort erteilte, daß er jedes Eingehen auf ihr Schreiben ablehne. — Der Redner betonte schließlich, daß das Judentum auch im Kriege Milde lehre und zitierte folgende Stelle des Josephus:

Milde soll auch das Verfahren gegen die Feinde im Kriege sein, der Befehlgeber verbietet nämlich, ihr Land mit Feuer zu verwüsten und gestattet auch das Fällen der Obstbäume nicht.

Das ist vor mehr als 2000 Jahren geschrieben. Lütte Ludendorff sich danach gerichtet, wäre dem deutschen Volk manches Unheil erspart geblieben.

Es sprachen noch Redner aus allen Teilen Deutschlands, sowie ein Vertreter des Verbandes der jüdischen Frontsoldaten, die ihre Treue zu Deutschland betonten. Eine Entschliessung in diesem Sinne wurde einstimmig angenommen.

Unsere Finanznot.

Hamburg, 21. November. (Eig. Drahtbericht.) Auf dem sozialdemokratischen Bezirksparteitag für Schleswig-Holstein referierte der württembergische Minister Reichstagsabg. Genosse Keil über „Die deutsche Finanznot und die Steuerpolitik der Sozialdemokratie“. Genosse Keil äußerte u. a. folgendes: Alle Angelegenheiten deuten darauf hin, daß Deutschland einer Katastrophe entgegengeht, einer größeren, als wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben. Die deutsche Finanzwirtschaft steht bereits in dieser Katastrophe, die noch vergrößert wird durch die bestehende Reparationskrise. Die deutsche Regierung noch heute noch nicht, wie sie die Forderungen der Entente, die uns durch die Politik der Alldeutschen aufgehalet ist, erfüllen soll. Diese Kosten werden sich einschließlich der Befahrungskosten und der Kosten für die Kontrollkommissionen auf 200 Milliarden Papiermark belaufen, und obgleich wir niemals gefagt haben, daß wir die Forderungen der Entente erfüllen können, sondern immer nur den guten Willen betont haben, werden wir doch eines Tages dazu kommen müssen, zu sagen, wir können nun einfach nicht mehr. Es sei bedauerlich, daß im Reichsfinanzministerium seit Jahren die Zügel auf dem Boden schliefen. Vieles hätte geschehen können, um wenigstens den eigenen inneren Bedarf zu decken. Allein das Einzige, was man getan hat, war die siebenfache Erhöhung der Zuckersteuer, die wir zudem noch abnehmen mußten. Auch ist nichts geschehen, um den Reparationsforderungen der Entente gerüstet gegenüberzutreten, und als das Londoner Ultimatum kam, stand das Finanzministerium mit leeren Händen da. Da die Sozialdemokratie eine Entlastung der Eisenbahnen ablehnt, habe sie dem Kreditangebot der Industrie die Zustimmung versagen müssen.

Zum Schluß ging Genosse Keil dazu über, die Forderungen der Sozialdemokratie auf Feststellung der Vermögensnach dem gemeinen Wert und die scharfe Erfassung der Sachwerte zu erörtern. Wir danken dem volkspolitischen „Hochminister“ der Regierung Fehrenbach, daß das große Defizit des Reiches durch die Aufhebung der Ausfuhrabgabe noch vergrößert wurde. Helfferich hat ja schon im Frühjahr Vorzüge getroffen, daß die Spekulationsgewinne völlig steuerfrei geblieben sind. Die Belastung des Verbrauches in Deutschland sei aber bereits derart gestiegen, daß sie nur dann noch gesteigert werden kann, wenn endlich die Geldentwertung zum Stillstand gebracht wird und auch der Welsch entsprechend zur Deckung der Lasten herangezogen wird. Genosse Keil schloß seinen Vortrag mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß, obgleich viel veräußert sei, eine Lösung des Problems doch noch möglich sei, wenn die großen Massen des arbeitenden Volkes in Deutschland fest zur Durchsetzung der Forderungen der Sozialdemokratie zusammenstehen und gegebenenfalls auch bei einem Wahlkampf im Frühjahr einig und geschlossen dem Bürgerium gegenüberstehen.

Kommunisten im Konsumverein.

Essen, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurden in der Generalversammlung des Konsumvereins „Eintracht“ in Essen die Aufsichtsratswahlen gefagt, die weit über den genossenschaftlichen Rahmen hinaus allgemeine Bedeutung für die Arbeiterbewegung des Industriegebietes haben, denn hier zeigte sich, daß die Kommunisten, nachdem ihr Anschlag auf die Gewerkschaften mißlungen ist, nunmehr mit aller Macht den Kampf auf die Eroberung der Genossenschaften beginnen. Wie strupellos die Sowjetgenossenschaftler dabei vorgehen, wird weißlich durch ein Rundschreiben, das von der kommunistischen Unterbezirksleitung in Essen an die Distriktleiter versandt wurde, gekennzeichnet. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Gleichzeitig folgen eine Anzahl Aufnahmehefte für die Konsumgenossenschaft „Eintracht“. Parteimitglieder, welche noch nicht Mitglieder der „Eintracht“ sind, müssen dazu angehalten werden. Die Mitgliedschaft muß aber noch im Laufe der kommenden Woche, also vor Abhaltung der Generalversammlung erworben werden, damit die Rekrutierungen in der Generalversammlung stimmt haben.“

Mit solchen illegalen Mitteln und einer riesenkalibrierten gebochten die Kommunisten in Essen den Konsumverein an sich reihen

zu können. Erfreulicherweise ist ihnen dieser Versuch mißlungen. Mit nahezu 400 Stimmen Mehrheit ist die Liste der SPD- und U.S.P.-Genossenschaftler aus dem Kampfe siegreich hervorgegangen. Der Sieg ist um so höher anzuschlagen, als die Kommunisten die Genossenschaftswahlen ausdrücklich zu einer politischen Machfrage gestempelt hatten und von weit und breit den letzten Mann aus dem Industriegebiet heranzholten.

Der Magistrat und die Lohnforderungen.

Die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und seinen Arbeitern haben eine neue Wendung genommen. Am 15. November lehnte bekanntlich eine Versammlung aller Funktionäre der im Lohnkartell für die Gemeindebetriebe vertretenen Organisationen den Vorschlag des Magistrats vom 12. November ab, der die Differenz zwischen dem Berliner Lohn und dem in den Reichsbetrieben bezahlten bewilligte. Die Funktionärskonferenz forderte, daß die einmalige Wirtschaftshilfe von 1000 M. und außerdem für jedes Kind 250 M. bewilligt werden. Auf diese Summen sollten die angerechnet werden, die der Magistrat auf Grund seines Abschlusses vom 12. November bereits ausbezahlt hat oder noch auszahlen wird. Das Lohnkartell wurde zur gleichen Zeit aufgefordert, sofort in neue Verhandlungen mit dem Magistrat einzutreten. In seiner Sitzung vom Sonnabend hat der Berliner Magistrat diese Forderungen abgelehnt und erklärt, es sei ihm unmöglich, über das Angebot vom 12. November hinauszugehen. Auch mit einer Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn könnten die Mehrausgaben nicht bestritten werden. Außerdem könne man, wenn die Stadt ihren Arbeitern mehr zahlt als das Reich, nicht auf die Reichshilfe rechnen, die der Städtetag gefordert hat.

Dieser Entschluß des Magistrats hat eine ganz neue Situation geschaffen, zu der in den aller nächsten Tagen eine Funktionärskonferenz des Lohnkartells Stellung nehmen wird. Wir sind uns keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß dieser Magistratsbeschlusse unter der städtischen Arbeiterschaft eine lebhaftere Erregung hervorrufen wird. Die Stimmung ist so, daß man die Möglichkeit eines neuen Streiks in den städtischen Werken nicht von der Hand weisen kann. Wie dem aber auch sei, unter allen Umständen verlangen wir von den 68 000 den freien Gewerkschaften angehörenden städtischen Arbeitern und Angestellten, daß sie sich nicht wieder von den 3000 Kopf- und Handarbeitern ins Schlepptau nehmen und zu „Aktionen“ hinreizen lassen, die den Parteien der Gewerkschaften zum Verhängnis werden. Durch die kommunistischen Einzelaktionen und wilden Streiks kann nichts erreicht werden. Ein Erfolg blüht nur dann, wenn die städtische Arbeiterschaft Disziplin bewahrt und die Beschlüsse der von ihr eingewählten Körperschaft abwartet, um sie dann mit der Kraft zu unterstützen, über die eine geschlossene Arbeiterschaft verfügt.

Groß-Berlin

Bei den Taubenfreunden.

Im Zentrum der Stadt haben sich viele Täubchen ein Nestchen gegeben und ihre Bewunderer und Verehrer kommen von weither, um sie zu bestaunen. Interessant ist überdies zu beobachten, wie die Haß der Zeit viele Hand- und Kopfarbeiter dazu bewegt, an wahrer Geduldsarbeit, wie es die Taubenzüchtung darstellt, gerade eine Freude zu finden. Zucht erfordert Geduld, Mühe und Aufopferung, ist aber immerhin eine Liebhaberei, die dem Nützlichkeitsprinzip dient.

Der Stolz einer Tauben-Ausstellung, die der Taubenzüchterverein „Arkona“ zurzeit im Rosenthaler Hof veranstaltet, sind die Weißschwänze. Sie sind auch gar wohlgefällig fürs Auge, sehr verschieden in der Farbe, schwarz, rot, gelb, blau, aber alle mit einem schneeweißen Schwanz. Reich ist auch die Kollektion der Langen Berliner Tauben. Man sieht weiße, blaue, bunte, eine große Farbenfreudigkeit. Die Tiere „stehen“ gut und machen ihren Züchtern Ehre. Die meisten Exemplare sind unverkäuflich, sie sind eben der Stolz ihrer Besitzer. Die Mitglieder des Vereins tauschen auch untereinander ihr Material aus, um zu guten Züchtergebnissen zu kommen. Interessant für den Beschauer sind ferner die kurzen Tauben und unter ihnen wieder die „euligen“ mit ihrem kleinen Schnabel und die „kupfrigen“, die bei künstlicher Beleuchtung die gleichendsten Lichtreflexe auf ihrem Gefieder haben.

Die zu Tauben gewordene Kletterei verkörpert sich natürlich in den Pfautauben. Man sieht sie dort in Weiß, roschilbig, blau-schilbig und je ein Exemplar in Blau und Schwarz. Zitterbügel, ganz herübergehoben, meint man nahezu, sie könnten kaum stehen vor lauter Eitelkeit. Eine Oster mit ihrem schönen Hals und ihren klugen Augen sammelt aber auch stets eine Schor von Bewunderern vor ihrem Bauer. Natürlich sind die Brieftauben zahlreich vertreten. Man sieht blaue, rote, mosaikfarbene und Schimmel. Viele haben schon beachtenswerte Flugleistungen vollbracht. Kreidestapfen, die vor den Käfigen stehen, geben Kunde davon, wie viele Hunderte von Kilometern die Tiere schon gereist sind.

Eine wahre Freude macht die Lotterie. Man sah wohl den Fußboden des Ausstellungsraumes mit enttäuschten Hoffnungen, nämlich mit weggeworfenen Losen, mit Alerten, bedeckt, aber man sah auch gewonnene Tauben, die in Damenhandschuhen und Lederhandschuhen verpackt waren, und Täubchen, die artig und sanft — in Zeitungspapier eingewickelt wurden.

Die in der Fremde starben.

Eine wehmütig-weihedolle Gedenkfeier wurde am Totensonntag von der Ortsgruppe Charlottenburg der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgesangener veranstaltet. Sie galt den in der Gefangenschaft verstorbenen Kameraden, die fern von der Heimat in fremder Erde ruhen. Großmann, erster Vorsitzender der Ortsgruppe, sprach in einleitenden Worten von den Leiden der Kriegsgesangenen. Er betonte, daß in der Vereinigung die politischen Gegensätze keine Rolle spielen. In seiner Gedächtnisrede gab der Ehrenvorsitzende v. Bersner sich Mühe, die Klippen der Politik zu vermeiden. Aber manches von dem, was er in bildhafter Sprache sagte, konnte man sehr verschieden auslegen. Die seit dem Zusammenbruch und der Revolution verflochtenen drei Jahre verglich er mit einer Gefangenschaft, aus der das deutsche Volk „heim wolle“. Die Ansprachen wurden umrahmt von musikalisch-dramatischen Darbietungen. Aus den Regitrationen, die noch einmal alles Grauen des entsetzlichen Völkermordens vor unserem Auge vorüberziehen ließen, schrie der Wunsch: Nie wieder Krieg! Chöre und Lieder von Mozart, Schubert, Brahms und Rich. Wagner strömten Frieden in wunde Herzen.

Die Valutahöhle in der Grenadierstraße.

Für mehrere Millionen Devisen beschlagnahmt. Die Grenadierstraße, die seit langem den Ruhm genießt, der Unterschluß einer bestimmten Art des Berliner Verbrechenstums zu sein, macht wieder von sich reden. Es gelang der Kriminalpolizei dort gestern, eine sogenannte Valutahöhle auszuheben, in der sich

eine Anzahl von Personen, die bereits als lästige Ausländer ausgewiesen waren, mit Devisenhandel und Valutafpekulationen im großen beschäftigten.

Der Mittelpunkt dieses ganzen Treibens war die Pension Sühappel, Grenadierstr. 32, in der sich alles zusammenfand, was aus dem Osten nach Berlin kam, um die unglücklichsten Geschäfte, Vermögensverflechtungen u. dgl., frei von Steuer und Stempelgebühren abzuwickeln. Die Polizei umstellte gestern alle Eingänge des Hauses und konnte 21 Personen feststellen, die bereits als lästige Ausländer ausgewiesen waren, sich aber trotzdem noch in Berlin aufhielten. Am Augenblick des Erscheinens der Beamten warf die ganze Gesellschaft die Vermögenswerte von vielen Millionen, die sie in gebündelten Tausendmarkscheinen bei sich trugen, hinter die Möbel und auf die Schränke. Die Polizei nahm eine genaue Ablesung des Zimmers vor und konnte einen in die Millionen gehenden Betrag beschlagnahmen, da sich keiner der Anwesenden als Besitzer des Geldes bekannte. Die ganze Schiebergesellschaft wurde schließlich nach dem Polizeipräsidium gebracht und einem genauen Verhör unterzogen.

Verkehrsstörung auf der Untergrundbahn.

Auf der Nordstraße der Untergrundbahn gab es heute vormittag eine längere Verkehrsstörung, die den Berufsverkehr erheblich behinderte. Die Ursache war ein in der Nähe der Station Kiostrasse aus den Schienen gesprungener Wagen, wodurch die Strecke Spittelmarkt-Schönhauser Allee auf mehrere Stunden den Verkehr gänzlich einstellen mußte. Die Störung machte sich auch auf den Linien im Westen bemerkbar und auch die Züge nach dem Zentrum erlitten erhebliche Verspätung. Gegen mittag konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden. Personen sind nicht verunglückt.

Die Kugel eines Gewalttätigen.

Als in der Nacht zum Sonntag der Verein Charlottenburger Droschkentischer in den Hohenzollernsälen zu Charlottenburg ein Wintervergügen abhielt, das sich bis zum Morgen ausdehnte, erschien plötzlich gegen 4 Uhr früh der 26-jährige Pförtner Gustav Harz aus der Kaiser-Friedrich-Str. 2a und verlangte unter der Androhung, er sei ein Kriminalbeamter, Einlaß. Als man ihm diesen verweigerte mit dem Bedenken, daß es sich um einen geschlossenen Verein handle, zog Harz den Revolver aus der Tasche und feuerte einen Schuß ab. Die Kugel traf den Droschkentischer Hermann Thormann in die Brust und tötete ihn auf der Stelle. Der Täter wurde festgenommen.

Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, gehört der Revolver dem Berufssicherheitsdienst der Siemens-Schuckert-Werke an. Diese Tatsache scheint durchaus die Ansicht der gesamten Belegschaft des Siemens-Konzerns zu bestätigen, daß der Berufssicherheitsdienst zum großen Teil aus ganz ungeeigneten Elementen zusammengesetzt ist. Bei der Auswahl der Berufssicherheitsbeamten scheint man mehr auf militärische Herkunft als auf Ehrlichkeit zu sehen. Es ist nicht der erste Berufssicherheitsbeamte im Siemens-Konzern, der mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommt. Die Betriebsräte haben schon alle in Frage kommenden Instanzen darauf hingewiesen, daß früher oder später Zusammenstöße der Arbeiterschaft mit den Beamten des Berufssicherheitsdienstes, der vollkommen militärisch aufgebautes ist, zu befürchten sind. Unserer Ansicht nach hätten daher die Behörden alle Veranlassung, sich eingehend um die Vorgänge beim Berufssicherheitsdienst im Siemens-Konzern zu kümmern.

Ein Heim für Ledige und für Ehepaare.

Die Berliner Freireligiöse Gemeinde hat ein Werk geschaffen, das abseits von ihrem bisherigen Arbeitsgebiet liegt. Sie hat auf ihrem Grundbesitz an der Wappesallee ein Heim errichtet, das teils Einzelräume an Ledige, teils kleine Wohnungen bis zu drei Zimmern an junge Ehepaare abgeben soll. Der Plan bestand seit Jahrzehnten, aber es scheiterte immer wieder an Hindernissen verschiedenster Art. Doch er geriet in dieser Zeit der Wohnungsnot trotz aller Geldknappheit ausgeführt werden konnte, ist besonders erquicklich. Die sehr bedeutenden Verlusten von 2800 000 M. wurden aus einer der Freireligiösen Gemeinde zugefallenen Eekelung, aus Pausenlohnzuschüssen des Reiches und durch eine Hypothek der Stadt wammenebracht. Mit dem Heim ist eine Gemeinschaftsküche verbunden, die den Bewohnern alle Nöthen erfüllt. Um das Zustandekommen dieses Werkes hat Adolf Hoffmann, das Vorstandsmittglied der Freireligiösen Gemeinde, sich eifrig bemüht.

Gasvergiftungen und kein Ende.

Feuerwehr und Rettungswachen haben in den letzten Tagen dauernd mit Gasvergiftungen zu tun. Am Sonntag sind wiederum mehrere Fälle tödlich verlaufen. Der Zug 8 der Feuerwehr wurde nach dem Lausitzer Platz 15 alarmiert, wo der Wächter Karl Stöple sowie seine Frau und seine Schwägerin bewußtlos aufgefunden wurden. Teil der Schwester der Frau Stöple waren die Bemühungen der Samariter von Erfolg begleitet. Sie wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Bei den Eheleuten war der Tod bereits eingetreten. — In mehreren anderen Fällen waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt, so daß die Verletzten ärztlicher Behandlung übergeben werden konnten. — In der vergangenen Nacht zum Montag brach in der Wohnung des Straßenbahnführers Albert Wolter, Löwestr. 15, während seiner Abwesenheit auf noch nicht festgestellte Weise Feuer aus. Durch den Rauch wurde die bereits schlafende Ehefrau Emma Wolter betäubt und verbrannt im Bett.

Der Totensonntagverkehr war gestern auf den für den Friedhofsbefuch in Frage kommenden Strecken im Besonderen zum Busstagen außerordentlich stark. Die Maßnahmen der Eisenbahndirektion zur Bewältigung des Friedhofsverkehrs erwiesen sich jedoch als ausreichend. — Der Berufsverkehr litt heute vormittag unter dem zeitweise auftretenden starken Nebel, wodurch kleinere Verbindungen einzelner Vorortzüge eintraten. Auf der Strecke Berlin-Großlichterfelde-Di trat bei einem der elektrisch betriebenen Vorortzüge ein Maschinenschaden ein, so daß zwei ihm folgende Züge bis zum Abschleppen des schadhaften Zuges ausfielen. — Infolge eines behaefautenen Wagens trat schließlich noch auf der Vorortstrecke Berlin-Zossen eine Verspätung einzelner Züge bis zu 25 Minuten ein.

Nächtliche Blünderung. In der Sonntagnacht zertrümmerte ein junger Mann die Schaufensterscheibe des Schlächterladens von Paul Stein in der Wilmersdorfer Straße 63a und entließ. Im Handumdrehen war das Geschäft durch nächtliche Herumtreiber ausgeplündert. Nach Angabe des Schlächtermehlers sind ihm drei Zentner Fleisch gestohlen worden. Einer der Blünderer, der 15-jährige Schlosserlehrling Helmut St. konnte durch eine Streife festgenommen werden. Später wurde noch der 23-jährige Klempner Max K. auf dem Straßarten Platz festgenommen, der nach Zeugenbefundungen die Schaufensterscheibe zertrümmert haben soll.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bleiblich mild, größtenteils trübe und etwas neblig, ohne erhebliche Niederschläge, mögliche östliche bis südliche Winde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

80. Abt. Marienbad. Die für heute abend angelegte Verhandlung findet wegen der Streikverhandlung erst morgen, Dienstag, 7½ Uhr in der Schule, Börsenstraße, statt.
42. Abt. Heute abend 7½ Uhr Bezirksüberprüfung bei Fenschel, Doppelstraße.

